

## Der Kampf gegen den Terror wird im Kopf gewonnen – oder verloren

*Nach aktuellen Umfragen befürchten 2/3 der Deutschen, dass es in Deutschland zu weiteren Terroranschlägen kommt. Die Gefahren islamistischer Gruppen werden von immer mehr Menschen als hoch eingeschätzt. Während sich vor zehn Jahren die meisten Menschen nicht vorstellen konnten, in Deutschland Opfer eines Terroranschlages zu werden, kalkuliert heute eine große Mehrheit von 70 % der Befragten diese Möglichkeit ein. Die Zunahme der gefühlten Unsicherheit betrifft nicht allein den Terrorismus. Heute fürchten sich mehr Deutsche vor terroristischen Anschlägen als jemals zuvor. Die Terrorangst, die im Jahr 2001 noch bei 21 % lag, erreichte 2016 ihren vorläufigen Höchstwert von 73 %.*

Terror steht bei uns also auf Platz 1 der Angstthemen, 16 Jahre, nachdem der damalige US-Präsident George W. Bush den „Global War on Terror“ ausgerufen hat. Offensichtlich war er aber nicht besonders erfolgreich. Die allgemeine Sehnsucht nach Sicherheit wächst mit der Angst, Opfer eines Verbrechens zu werden. Mehr hilft mehr. Kein Politiker will sich nachsagen lassen, zu wenig für die Sicherheit, für den Schutz vor Verbrechen getan zu haben. Obwohl in den letzten Dekaden mehrere „Antiterror-kriege“ geführt, zahlreiche „Terrorismusbekämpfungsgesetze“ beschlossen, sehr viel Geld in den Sicherheitsapparat investiert und allerorten Überwachungstechnik installiert wurden, fühlen sich viele Menschen in Westeuropa stärker bedroht als jemals zuvor. Die durch Hysterie und Aktionismus gekennzeichnete politische Reaktion auf terroristische Bedrohungen ist mitverantwortlich für das schwindende Vertrauen. Die Ungewissheit hinsichtlich der Effektivität der jeweils neuesten Befugnisausweitung für Geheimdienste und Polizeibehörden führt nicht etwa zu kritischer Prüfung und gegebenenfalls zur Rücknahme unwirksamer Instrumente, sondern sie wird als Argument für immer neue Befugnisse und zur Rechtfertigung der damit verbundenen Freiheitsbeschränkungen verwendet. Dabei wäre es nur recht und billig, hier sehr viel genauer hinzusehen. Vor allem muss endlich überprüft werden, was die Gesetzesverschärfungen und die Ausrüstung der Sicherheitsapparate tatsächlich bewirkt haben.

Indem die Sicherheit zum zentralen Ziel staatlichen Handelns wird, werden Freiheitsrechte beeinträchtigt. Regierungen und Parlamente reagierten vielfach genau so auf Anschläge, wie es von den Drahtziehern des Terrors beabsichtigt war. Polizeibehörden, Geheimdienste und das Militär bekamen den Auftrag, mit nahezu allen Mitteln gegen den Terrorismus vorzugehen. Ihre Befugnisse wurden massiv ausgeweitet und bei Befugnisüberschreitungen wurde Straffreiheit zugesichert. Rechtsstaatliche Sicherungen werden beiseitegeschoben, unterlaufen und gelockert, Menschenrechte spielen im Kampf gegen den Terror eine untergeordnete Rolle. Maßnahmen, die in „normalen“ Zeiten zu Proteststürmen geführt hätten, werden von Parlamenten ohne gründliche Prüfung und kritische Debatte durchgewunken und auch von der Öffentlichkeit weitgehend akzeptiert. Je unsicherer die Zeiten sind, desto eher sind wir bereit, unser Leben nach Regeln zu gestalten, die unseren individuellen Wünschen, Bedürfnissen und Interessen entgegenstehen.

Auch Trittbrettfahrer nutzen die Terrorangst: Praktisch jeder Krieg wird heute mit der Terrorbekämpfung gerechtfertigt. Kritiker der jeweiligen Staatsführungen und Journalisten werden unter Terrorismusverdacht gefangen gehalten. Die Terrorangst verschiebt das politische Koordinatensystem in Richtung autoritärer Lösungen und entzieht der Demokratie die Luft zum Atmen.

Weil spektakuläre, medial verstärkte terroristische Aktionen ein Gefühl allgemeiner Unsicherheit erzeugen, sehen sich selbst moderate Regierungen einem erheblichen Handlungsdruck ausgesetzt. Parlamente und Regierungen beschließen Programme und Gesetze, die nicht wirklich mehr Sicherheit bringen, um dem Eindruck des Kontrollverlustes entgegenzuwirken. Der nur in wenigen Ländern offiziell erklärte Ausnahmezustand wird auf diese Weise schleichend zur bedrohlichen Normalität.



Die Behauptung, dass die Grund- und Menschenrechte hinter den Notwendigkeiten des Antiterrorkampfes zurückstehen müssen, ist nicht nur in autoritären Regimes weit verbreitet. Wir hören sie auch in den westlichen Demokratien von Präsidenten, Regierungschefs und Ministern. Das Bestreben, durch immer weitere Freiheitseinschränkungen die Sicherheit zu garantieren, führt unweigerlich in totalitäre Verhältnisse und zum Verlust von Freiheit und Sicherheit. Entscheidend ist ein rückhaltloses Bekenntnis der politisch Verantwortlichen zu den universell gültigen Menschenrechten, und zwar nicht nur in Sonntagsreden, sondern in ihrer Politik. Staatliche Stellen haben Menschenrechte im Inland und im Ausland gleichermaßen zu beachten. Menschenrechte gelten unabhängig von Nationalität, Religion und Herkunft. Das Abweichen von dieser Maxime unterminiert sowohl die Völkerrechtsordnung als auch die Rechtsstaatlichkeit und zerstört alles, was den zivilisatorischen Fortschritt der Demokratie ausmacht. Das dürfen wir nicht zulassen.

Wir müssen der durch Terrorgefahr und Terrorangst bewirkten Erosion der offenen Gesellschaft selbstbewusst entgegenreten. Die seit 2001 mit Waffen, Personal und immer neuen Befugnissen ausgerüsteten Sicherheitsbehörden haben es häufig nicht vermocht, Attentatspläne zu erkennen und zu unterbinden. Allzu häufig wird außer Acht gelassen, dass die Auseinandersetzung mit dem Terrorismus letztlich in den Köpfen der Bürgerinnen und Bürger entschieden wird. Die Stärke der Demokratie bemisst sich nicht nach der Größe der Überwachungsapparate oder der Feuerkraft des Militärs. Entscheidend ist, in welchem Maße sie im Bewusstsein der Menschen verankert ist.

